Wilsdruffer Nachrichten

Tageszeitung
für den Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff

mit den Beilagen: Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Bezugspreis einschließlich der Beilagen beträgt frei ins Haus monatlich Mk. 2.—, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich Mk. [illegible]. Der Anzeigenpreis beträgt für die allspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Reklamen die 5spaltige Zeile 50 Pfg., für auswärtige amtliche Anzeigen die allspaltige Petitzeile 30 Pfg. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig, bei verspäteter Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gestellt. Rabattanspruch erlischt bei verspäteter Zahlung. Klage oder Konkurs hebt Nachlaßvertrag auf. Für Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Für die Richtigkeit von Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, wird jede Garantie abgelehnt. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Gerichtsstand: Wilsdruff.

Hauptgeschäftsstelle: Wilsdruff
Dresdner Straße 62 · Fernsprecher: Nr. 4[illegible]

Verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Schlüter in Wilsdruff. Für den Inhalt verantwortlich: Verlag: Wilsdruffer Nachrichten, Wilsdruff i. Sa. Druck: Clemens Lankgraf Nachfolger, Inhaber Lankgraf, Wilsdruff. Leitung der Redaktion: Wilhelm Gröllo, verantwortlich für den Textteil: Georg Bonn, Halle in Saale. Für Anzeigen: Albert Schlüter in Wilsdruff. Für Schäden aus nicht rechtzeitigem Erscheinen oder Ausfallen von Anzeigen oder Zeitungen übernehmen wir keine Gewähr. Anzeigen aus den Wilsdruffer Nachrichten auch in anderen Zeitungen unseres Verlages abgedruckt.

Die Lufthiebe der Entwaffnungsnote

Deutschland soll „abrüsten", was gar nicht vorhanden ist. – Das Gutachten des Reichswehrministers an der Entwaffnungsnote offenbart die ganze Lächerlichkeit der Forderungen

Die Quixoterien der Alliierten

Wie wir hören, ist nunmehr das militärische Gutachten des Reichswehrministeriums über die Entwaffnungsforderungen der alliierten Regierungen endgültig fertiggestellt und dem Reichskabinett zur Beratung zugeleitet worden. Zwischen Reichskanzler Dr. Luther und dem Reichswehrminister Dr. Geßler und dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, haben am Montag eingehende Besprechungen stattgefunden. Als Ergebnis der Besprechungen kann vor allem festgestellt werden, daß General Seeckt vorläufig nicht daran denkt, sein Rücktrittsgesuch einzureichen.

*

Wir sind in der Lage, aus diesem Gutachten des Reichswehrministeriums über das alliierte Entwaffnungsmemorandum nähere Einzelheiten mitzuteilen. Vorweg kann man feststellen, daß

die Stellungnahme des Reichswehrministeriums gegenüber den Entwaffnungsforderungen fast in allen wesentlichen Punkten ablehnend ist.

In erster Linie wendet man sich deutscherseits gegen die Forderung auf Auflösung des großen Generalstabs. Man steht hier auf dem Standpunkt, daß die Organisation des Reichswehrministeriums durchaus den Bestimmungen des Versailler Vertrages entspricht. Bereits im Frühjahr 1920 ist bei wiederholten Besuchen der Kontrolloffiziere in weitestgehender Weise Auskunft erteilt worden, ohne daß seitdem die geringste Beanstandung erfolgt ist.

Das Reichswehrministerium ist auch gar nicht in der Lage, die Forderungen der neuerlichen Entwaffnungsnote zu erfüllen, weil doch nichts aufgelöst werden kann, was gar nicht existiert.

Eine Abteilung zur Beförderung von Offizieren des Ruhestandes gibt es nicht. Die Charakterverleihung an ehemalige Reserve- und Landwehroffiziere ist längst abgeschlossen. Es erfolgen jetzt nur noch Charaktererhöhungen beim Ausscheiden eines aktiven Offiziers. Man fragt im Reichswehrministerium:

Ist etwa der Frieden gefährdet, wenn einem verdienten Major als Pflaster für den „blauen Brief" der Charakter als Oberstleutnant gegeben wird?

Ein „Lustrat" existiert im Reichswehrministerium nicht und hat auch nie existiert. Er kann also auch nicht aufgelöst werden.

Auch die Rügen der Note in bezug auf die Ausbildung der Generalstabsoffiziere muß zurückgewiesen werden. Die Ausbildung findet tatsächlich bei jeder einzelnen Division durch Offiziere aus dem betreffenden Stabe statt, sodaß von einer einheitlichen Ausbildung und einem geschlossenen Lehrkörper also gar nicht gesprochen werden kann.

Eine Aenderung der zur Zeit bestehenden Gebräuche lehnt das Reichswehrministerium dagegen ab.

Sehr wichtig ist auch die Frage der geforderten Zerstörung oder Zerstreuung von Fabriken, Depots und Werkstätten, die angeblich der Rüstungsindustrie dienen sollen (Artikel 168 des Versailler Vertrages).

Man ist seitens des Reichswehrministeriums der Auffassung, daß die Forderungen der Zerstörung von Maschinen und Werkstätten gegen den Friedensvertrag verstoßen, da Werkstätten wie Maschinen nur friedlichen Zwecken dienen.

Es muß auch berücksichtigt werden, daß die Zerstörung der Maschinen den in Frage kommenden Werken außerordentlich hohe Kosten verursachen würden, die ihnen vom Reich ersetzt werden müßten. Diese Kosten werden vorläufig auf etwa 500 Millionen Mark geschätzt, die für die Daweszahlungen in Ausfall kämen. Ganz abgesehen davon, daß durch die Zerstörung der Maschinen eine große Anzahl Arbeiter in Deutschland brotlos würden.

Das Gleiche gilt für die Zerstörung von Gebäuden.

Wie haltlos die ganzen Forderungen aufgestellt worden sind, ergibt sich daraus, daß in der Werkstatt des Wehrkreises „Desching" 17 Munitionsschuppen zu zerstören sind. Zunächst wußte niemand im ganzen Reichswehrministerium, was dieser Passus zu bedeuten habe, da ein Wehrkreis Desching gar nicht existiert, bis sich durch Rückfrage herausstellte, daß das Munitionsdepot des Wehrkreises VII. in München gemeint sei. In diesem Depot lagert die von der JMKK. genehmigte Munition der 7. Division.

Die Entente genehmigt also die Munition, aber nicht die dazu gehörigen Schuppen (!)

Die Munition muß daher unter freiem Himmel lagern!!!

Der Vorwurf der Entwaffnungsnote, viele Fabriken könnten wieder Kriegsfabrikation aufnehmen, ist eine Tatsache, die wohl bekannt, aber nicht aus der Welt zu schaffen ist. Zum Beispiel können die zur Herstellung von Makkaroni verwendeten Maschinen durch geringe Abänderung zur Anfertigung von Röhrengalmei verwendet werden.

Wenn Deutschland sich diesem Passus fügen wollte, müßten sämtliche Makkaronifabriken zerstört werden.

Bei der großen Zerstreuung der Armee reicht die bei normalen Verhältnissen ausreichende Ausstattung von einer Werkstatt pro Bataillon oder Regiment nicht aus, deshalb sind auch in den kleinen Garnisonen Reparaturwerkstätten notwendig, die aber lediglich handelsübliche Werkzeuge, wie Hammer, Zangen, Feilen, enthalten und für die Sicherheit der Entente nicht gefährlich werden können.

Wenn diese Werkstätten fortfielen, dann entstünden riesige Transporte mit erheblichen Kosten, denn jeder reparaturbedürftige Gegenstand müßte erst auf dem Bahnwege zu der nächsten Reparaturwerkstatt geschafft werden. Auch das ist nicht möglich.

Die Forderungen in bezug auf die militärische Organisation des Eisenbahnnetzes sind, wie man auf Seiten des Reichswehrministeriums erklärt, vollständig unverständlich, und natürlich auch unannehmbar. Die Reichswehr, die über viele kleine Garnisonen zerstreut ist, muß zur Erledigung ihrer Aufgaben, Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe im Reiche und Schutz der Grenzen, äußerst beweglich sein.

Sie wird hierzu ebenso wie zu ihren Uebungen auf den Truppenübungsplätzen meist die Eisenbahn benutzen.

Bearbeitung von militärischen Eisenbahntransporten kann aber nur von militärischen Fachleuten erfolgen, wie dies auch in allen anderen Armeen geschieht. Wer den Betrieb der früheren Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabes kennt, weiß, daß das für Transportzwecke jetzt eingestellte Personal des Ministeriums und der Wehrkreise nicht annähernd ausreicht, um sich überhaupt mit anderen Fragen, als den laufenden Transporten, geschweige denn mit Mobilmachungsvorbereitungen, zu beschäftigen.

Die Zerstreuung des Eisenbahntransport-Materials kann überhaupt gar nicht in Frage kommen und muß abgelehnt werden.

Käme man dieser Forderung nach, so würde beim Ausbruche von Unruhen das Material gar nicht rasch genug herbeigeschafft werden können. Was die Note sonst mit „Besondere Einrichtungen der Eisenbahn" meint, ist dem Reichswehrministerium unklar. Vielleicht glaubt man, daß die Bezeichnung auf den Wagen: „8 Pferde oder 40 Mann" ein Beweis für die angebliche Nichtabrüstung Deutschlands sein soll.

Damit ist das Gutachten des Reichswehrministeriums noch keineswegs erschöpft, vielmehr geht es auf die anderen Punkte der Entwaffnungsnote ein, die man in einer besonderen Darstellung behandeln muß.

Entscheidende Tage für Painlevé

Heute Entscheidung des Sozialistenreferendums

Die öffentliche Meinung Frankreichs ist darüber einig, daß in dieser Woche wichtige politische Entscheidungen zu erwarten sind. Das Ergebnis des Sozialistenreferendums, die Debatte über Marokko, das Vorgehen der Regierung gegen die kommunistische Propaganda, die Rettung des französischen Franc, der heute wieder gefallen ist: alle diese Ereignisse und Probleme drängen sich in den letzten Tagen des Juni zusammen und stehen untereinander in Verbindung. Ueber die Resultate des Referendums glaubt man jetzt bereits Bescheid zu wissen, obwohl die offizielle Statistik erst heute abend veröffentlicht wird.

Von den 120 Sozialisten der Kammer und des Arbeitsausschusses, die befragt worden sind, werden voraussichtlich nicht mehr als 20 für die versöhnliche Resolution Vincent Auriols stimmen.

Die übrigen Stimmen werden auf die Resolutionen Renaudels und Compere-Morels fallen, die beide in etwas abweichender Form für das Ende der Unterstützungspolitik sind. Das Wort „Bruch" wird vermieden. Nach einer Aeußerung Compere-Morels soll die sozialistische Gruppe gegenüber dem Kabinett Painlevé die gleiche Haltung annehmen, wie sie Jean Jaurès 1911 gegenüber der ehemaligen Regierung Monis empfahl: keine systematische Opposition, sondern ein „wohl-wollendes Abwarten bei voller Freiheit der Abstimmung für den einzelnen". Diese Methode soll einen Druck auf Painlevé und Caillaux ausüben, aber sie kann auch für die Sozialisten der Kammer gefährlich werden, denn sie läßt eine Spaltung der Sozialisten beinahe mit Sicherheit erwarten.

Die Probe wird gleich heute, Dienstag, gemacht werden, wenn über die Marokkopolitik der Regierung abgestimmt werden muß. Painlevé hat die Absicht, gleich zu Beginn der Sitzung eine Erklärung abzugeben, die keinen Zweifel über die Absicht der Regierung läßt. Es liegt nahe, zu vermuten, daß er wieder den Wunsch betonen wird, schnell zu einem Frieden in Ehren zu gelangen; aber es ist nicht vorauszusehen, daß er über den Weg zum Frieden erheblich anders denkt wie unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Marokko.

Trifft diese Voraussage zu, dann werden sich bereits bei dieser Abstimmung die Stimmen der Sozialisten spalten.

Die Regierung wird dadurch nicht in Gefahr kommen. Es ist sogar möglich, daß sich eine Mehrheit der Linken findet, wenn alle anderen Gruppen des Kartells geschlossen für die Regierung eintreten. Aber die Linke Gruppe wäre getrennt, und diese Tatsache kann für die nahe Zukunft verhängnisvoll werden.

Denn am Mittwoch soll die Diskussion über die Finanzfrage beginnen, über deren Verlauf selbst erfahrene Parlamentarier nichts Bestimmtes zu prophezeien wagen. Ein Appell der „Ere Nouvelle" für Erhaltung des Kartells zeigt die Verworrenheit der Situation. Dieser Bericht verlangt, daß Herriot die Objektivität übt, zu der er durch seine Stellung als Kammerpräsident gezwungen sei. Der Führer der Radikalen solle seinen Einfluß auf seine Gesinnungsfreunde geltend machen, damit sie für die Politik Painlevés und Caillaux eintreten, ohne sich um persönliche Meinungsverschiedenheiten zu kümmern.

Abd el Krims Aufstand in spanischer Perspektive

Granada, Mitte Juni 1925.

Ueber der weißen Stadt liegt die brennende Sonne. In den Gassen des Araberviertels klappern die Hufe der Maultiere. Auf den breiten Alleen und Plätzen am Genil brandet die Menge der spanischen Herren. Droben in der Alhambra ist stumm ausgestreckt die maurische Hand gegen den bösen Blick; dort wartet der eingemeißelte Schlüssel über den Eingangstoren der Burg: das Symbol der Macht. Wer ihn greift, ist Herr. Die Jahrhunderte sind vorübergeeilt, seit sich der Kampf um den Besitz entschied. Und doch geht der Kampf weiter, blutend und zäh; verlegt in die Berge des Atlas. Denn drüben haben sie die Erinnerung an Freiheit und Selbstbestimmung, an den Hochstand früherer Kultur noch längst nicht vergessen.

Die Söhne des neuen Spanien ziehen täglich hinaus, um eine Sache, deren wahre Beweggründe sie bis heute nicht verstehen. Manches erschütternde Bild sah ich auf den häßlichen Bahnhöfen in nachgemacht maurischem Stil, wenn sich Mütter von ihren Söhnen losrissen oder sie den tiefdunkel gebräunten Urlauber empfingen. Das geht nun Jahr für Jahr und um was eigentlich? Ja, wenn es sich wenigstens noch um eine Lebensnotwendigkeit Spaniens handelte. Es liegt eine gewaltige Tragik in diesem Ringen eines Volkes um etwas, was ihm selbst so gut wie nichts bringt und nur anderen Nutzen bringt. Die Ziele sind im tiefsten Grunde ebenso wie die der katholischen Sturmtruppen zur maurischen Hochperiode wieder eine Aufopferung für das Abendland, nur daß damals die christliche Kultur die Grenzmark Spanien als ideell und materiell notwendiges Glacis brauchte, wie Ungarn es im Türkenkampf bedeutete. Diesmal macht Spanien sich zum Packesel des zivilisierten Europa. Damaliges und heutiges Ziel verhalten sich zueinander wie die abendländische Kultur zur abendländischen Zivilisation. Jenes war der Opfer Spaniens wert, dieses nicht.

Die Spanier bewahrten sich als Kämpfer bisher viel von der Art eines reinen Toren, der dem heiligen Gral irgendwie zustrebt. Sie besitzen viel von dem naiven Sinn ihres Don Quichote, der gläubig für seine ritterliche Sendung gegen Windmühlen Front machte. Trotzdem glauben sie als Kolonialvolk, für den eigenen Vorteil zu handeln, während es um das Gleichgewicht der westeuropäischen Mächte am Mittelmeer geht. Gerade an dem Tage, als Painlevé von Barcelona nach dem Süden abflog, hatte ich Gelegenheit, mich mit einem pol[illegible] einflußreichen Spanier zu unterhalten. Er w[illegible] um die Tragödie des spanischen Mar[illegible] krieges: „In Wirklichkeit kämpfen nicht Ri[illegible]tabylen und Spanier um Freiheit oder Kolonie, sondern Engländer und Franzosen um das Mittelmeer. Die Aeußerung Englands, daß die Erfolge der Bergstämme die europäische Ruhe gefährden, ist gar nicht anders zu verstehen. Und Frankreich faßt die ihm eigentlich unbequeme Gelegenheit einer künftig besseren Sicherung der Linie Fes—Oran beim Schopfe." Auch die spanischen Blätter zeigen sich plötzlich sehr orientiert. Sie wollen kein Spanisch-Marokko unter französisch-englischem Schutz, trotzdem sie wissen, daß es nicht anders geht. Da sie jedoch das kleinere dem größeren Uebel vorziehen, sind sie angesichts der Haltung Englands, die Frankreich vor unberechtigten Uebergriffen auf spanisches Gebiet warnt, beruhigt.

Nun kann die Marokkokonferenz beginnen. Frankreich wird sich auf ein vorübergehendes, strategisch sich als notwendig erweisendes Ueberschreiten der Grenzen beschränken, — wenn es erst soweit ist. Doch bis dahin hat es noch gute Weile, wie die Berichte über Abd el Krims Vordringen gegen Fez beweisen.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF